

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. April 2018,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Eingegangen: 18.04.2018 / Ausgegeben: 02.05.2018

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2018**

I. Aktuelle europapolitische Themen	3
1. Brexit	3
2. Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)	5
3. Zukunft der EU	7
II. Europafähigkeit und Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit	9
1. Veranstaltungen	9
2. Dynamischer Europapool	10
III. Veranstaltungen in der Landesvertretung Brüssel	11
1. Neujahrsempfang und auswärtige Kabinettssitzung in Brüssel am 29./30. Januar 2018	11
2. Ausschuss für Europa und Internationales am 29. Januar 2018 in Brüssel	12
3. Veranstaltungsreihe „Starkes Europa – Starke Kommunen“	12
IV. Organisatorische Neuaufstellung der Europaarbeit im Ministerium der Justiz und für Europa	13
V. Ausschuss der Regionen	13
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	14
VII. EU-Strategie für den Donauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	17
1. EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)	17
2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP).....	18
VIII. Vier Motoren für Europa	19
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit/ Auslandsreisen	20
.....	20
1. Delegationsreise von Minister Wolf nach Serbien	20
2. Westbalkan	21

3. Frankreich	21
4. Schweiz	22
5. Delegationsreisen nach Indien.....	23
X. Entwicklungspolitik	24

I. Aktuelle europapolitische Themen

Im ersten Quartal des Jahres 2018 standen erneut die Dauerthemen Brexit-Verhandlungen, der Mehrjährige Finanzrahmen nach 2020 sowie die Diskussion über die Zukunft der EU im Mittelpunkt der europapolitischen Debatten.

1. Brexit

Die Brexit-Verhandlungen haben im Dezember 2017 mit der Feststellung „ausreichender Fortschritte“ in den zentralen Austrittsfragen eine wichtige Hürde genommen (vgl. hierzu Quartalsbericht IV/2017, S. 4 ff.). Das erste Quartal 2018 stand im Zeichen der Konsolidierung und rechtlichen Umsetzung dieser Ergebnisse.

Die Verhandlungen werden seit Anfang des Jahres parallel in drei Strängen geführt: (1) Klärung der Trennungsfragen, (2) Verhandlung einer Übergangsphase zur Vermeidung eines „harten“ Brexit und (3) Diskussion des Rahmens des zukünftigen Verhältnisses der EU zum Vereinigten Königreich.

Am 28. Februar 2018 hat die Europäische Kommission den Entwurf eines Austrittsabkommens vorgelegt, mit dem die politische Einigung von Dezember 2017 in konkrete Rechtsbestimmungen umgesetzt wurde. Der Entwurf enthält Regelungen zu den Trennungsfragen und zu einer Übergangsphase. Das Austrittsabkommen soll nach den Vorstellungen der Kommission bis Herbst 2018 vereinbart sein, sodass eine Ratifikation rechtzeitig bis zum Austritt des Vereinigten Königreichs mit Ablauf des 29. März 2019 möglich ist.

Am 20. März 2018 haben die Verhandlungsführer in einer Pressekonferenz über den Zwischenstand der Verhandlungen des Austrittsabkommens berichtet. Ein nicht unerheblicher Teil des Abkommens ist zwischen den Parteien bereits geeint. Insbesondere die Frage der finanziellen Entflechtung der EU und des Vereinigten Königreichs („Brexit-Rechnung“) und die Fragen der Rechtsstellung von Bürgerinnen und Bürgern, die im jeweils anderen Gebiet leben, konnten weit-

gehend geklärt werden. Auch zu den Regelungen über ein Übergangsverhältnis haben die Parteien Einverständnis erzielt. Das Vereinigte Königreich soll danach bis Ablauf des Jahres 2020 weiterhin Mitglied von Zollunion und Binnenmarkt bleiben. Es bleibt an den Rechtsbestand der EU („acquis“) gebunden und muss entsprechende Beiträge zum EU-Haushalt leisten, ohne allerdings über die Beteiligungsrechte eines Mitglieds zu verfügen. Dem Vereinigten Königreich ist es erlaubt, in der Übergangsphase Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Drittstaaten zu führen.

Ungeklärt bleibt insbesondere die Frage der irisch/nord-irischen Grenze. Hier hat die Kommission im Entwurf des Austrittsabkommens eine Regelung vorgeschlagen, die den faktischen Verbleib Nord-Irlands in Zollunion und Binnenmarkt vorsieht. Damit hat die Kommission die Rückfalloption aus dem gemeinsamen Bericht vom Dezember 2017 aufgegriffen unter Verweis darauf, dass die beiden anderen Optionen konkrete Vorschläge des Vereinigten Königreichs voraussetzen. Der Vorschlag der Kommission ist im Vereinigten Königreich auf deutliche Kritik gestoßen und wurde von Premierministerin May zurückgewiesen.

Zur Frage des zukünftigen Verhältnisses haben die Staats- und Regierungschefs der EU-27 auf dem Gipfeltreffen am 22./23. März 2018 Leitlinien beschlossen. Diese Leitlinien dienen als Mandat für den Verhandlungsführer der EU, um die Gespräche über den Rahmen für die künftigen Beziehungen aufzunehmen mit dem Ziel, zu einem allgemeinen Einvernehmen zu gelangen. Dieses Einvernehmen soll in Form einer politischen Erklärung festgehalten werden, die dem Austrittsabkommen beigelegt werden soll. Die Leitlinien orientieren sich an den „roten Linien“, die die britische Regierung in politischen Erklärungen immer wieder betont hat. Sie sehen vor, dass das zukünftige Verhältnis durch ein Freihandelsabkommen und weitere sektorielle Abkommen geregelt wird.

Auf (Mit-)Initiative des Ministeriums der Justiz und für Europa hat der Bundesrat am 23. März 2018 erneut ausführlich zum Brexit Stellung genommen (vgl. Beschluss BR-Drs. 63/18[B]). In der Stellungnahme

formulieren die Länder den Wunsch nach einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit. Der Beschluss stellt konkrete Forderungen auf für die aus Sicht der Länder besonders bedeutsamen Felder Handel, Rechte der Bürgerinnen und Bürger, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Bildung und Forschung, sowie Rundfunk und Medien.

In seiner Rede vor dem Bundesrat am 23. März 2018 hat Minister der Justiz und für Europa Wolf MdL betont, wie wichtig angesichts gemeinsamer Werte und Traditionen auch in Zukunft eine enge Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich ist. Zugleich hob er hervor, dass auch bei Bereitschaft zur engen Kooperation das hohe Schutzniveau und die Ausgewogenheit von Rechten und Pflichten innerhalb der Gemeinschaft erhalten bleiben müssen.

2. Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Die Vorbereitungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2020 werden immer mehr zum bestimmenden Thema auf EU-Ebene.

Der Ministerrat hat in seiner Auswärtigen Kabinettsitzung am 30. Januar 2018 in Brüssel eine Kabinettsvorlage zum MFR nach 2020 beschlossen, mit der Eckpunkte für eine erste Positionierung der Landesregierung im Hinblick auf die MFR-Verhandlungen festgelegt wurden. Zentrale Anliegen des Landes sind: 1.) Europäischer Mehrwert als Maßstab der EU-Förderung, 2.) Rechtsstaatlichkeit sicherstellen, 3.) Verwaltung vereinfachen – Bürokratie abbauen, 4.) EU-Strukturpolitik nach 2020 fortführen, 5.) Forschungsprogramme ausbauen, 6.) Agrarpolitik – weiter integraler Bestandteil der EU-Förderung, 7.) Bildungsprogramme fortführen und verbessern, 8.) Klima- und Umweltschutz, 9.) Sicherheit, Asyl- und Migrationsfonds, 10.) Digitalisierung, 11.) Grenzüberschreitende Mobilität weiter fördern.

Das Eckpunktepapier wurde noch vor Ort Herrn Kommissar Oettinger überreicht und im Nachgang den EU-Institutionen, der Bundesregie-

rung, dem Landtag, den Kommunalen Landesverbänden und den Partnerregionen des Landes übermittelt.

EU-Haushaltskommissar Oettinger hat angekündigt, am 2. Mai 2018 seine Vorschläge zum MFR nach 2020 zu veröffentlichen. Auf einer Konferenz am 8. Januar in Brüssel kündigte er bereits an, einen „MFR in der Größenordnung von 1,1x % des BNE“ vorzulegen (dies wäre eine reale Erhöhung gegenüber dem aktuellen Volumen von 1,0 % des BNE). In einer Mitteilung vom 14. Februar 2018 hat die Kommission mögliche Optionen und konkrete Berechnungen für verschiedene Politikbereiche vorgelegt. So würde ein Ende der Förderung für alle entwickelten Regionen Einsparungen von rund 95 Mrd. Euro oder um rund 9 % des aktuellen Gesamtbudgets des MFR erbringen. Eine Senkung der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik um 30 % würde zu Einsparungen in Höhe von 120 Mrd. Euro (= 11 % des MFR 2014 bis 2020) führen, jedoch einen durchschnittlichen Einkommensverlust pro Betrieb von mehr als 10 % bedeuten, so die Berechnung der Kommission. Den Aufbau eines vollständigen EU-Grenzschatzes mit 100.000 Grenzschildern veranschlagt die Kommission mit 150 Mrd. Euro über sieben Jahre (= 14 % des MFR 2014 bis 2020). Die Kommission spricht sich in ihrer Mitteilung auch für die Schaffung einer Verbindung zwischen der Einhaltung der Grundwerte der EU und der Auszahlung von Mitteln aus dem Haushalt (Konditionalität) auf transparenter Grundlage aus. Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, möglichst frühzeitig eine Einigung über den MFR zu erzielen, damit ein Start der neuen Programme am 1. Januar 2021 möglich wird.

Am 14. März 2018 hat das Europäische Parlament seine Position für den MFR nach 2020 beschlossen. Darin fordern die Abgeordneten 30 % mehr Mittel, d. h. eine Obergrenze bei 1,3 % des BNE. Nach ihrer Auffassung sollten nach 2020 Mittel in gleicher Höhe für die Gemeinsame Agrarpolitik und eine Kohäsionspolitik, die allen Regionen zugutekommt, zur Verfügung stehen. Das Europäische Parlament spricht sich für eine bessere Mittelausstattung für Forschung, für Erasmus+, für die Förderung von Jugendbeschäftigung, für kleine und mittlere Unternehmen

(bisheriges Programm COSME) und Infrastruktur-Projekte (Connecting Europe Fazilität) aus. Zudem plädiert das Parlament dafür, Mittel für folgende neue Aufgaben sicherzustellen: Sicherheit und Verteidigung, Schutz der Außengrenzen, Nachbarschaftspolitik.

Über „Chancen und Risiken des neuen EU-Finanzrahmens nach 2020 für Kommunen und Regionen“ diskutierten am 26. Februar auf Einladung von Herrn Minister Wolf der Europaabgeordnete Dr. Paul Rübiger (Mitglied des Haushaltsausschusses des EU-Parlaments), Roger Kehle (Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetages Baden-Württemberg), Oliver Dreute (Berater für den MFR aus dem Think Tank beim Präsidenten der EU-Kommission) sowie Roland Ries (Oberbürgermeister von Straßburg). Bei der Veranstaltung in der Landesvertretung in Brüssel konnte u. a. deutlich gemacht werden, dass Baden-Württemberg eine starke, leistungs- und handlungsfähige kommunale Ebene hat, die EU-Mittel auch effizient, zielgerichtet und nachhaltig verwalten kann. Es wurde gefordert, dass dies auch honoriert werden und bei der Mittelvergabe berücksichtigt werden muss. Herr Minister Wolf unterstrich, dass es auch künftig Mittel für eine Kohäsionspolitik für alle Regionen geben muss, denn dies erhöhe die Sichtbarkeit der EU vor Ort und verbessere die Akzeptanz für Europa. Auch teilte er die Ansicht der EU-Kommission, dass es grundsätzlich möglich sein muss, die Auszahlung von EU-Finanzmitteln an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen.

Am 23. März 2018 fand auf Einladung des Ministeriums der Justiz und für Europa eine Besprechung von Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts mit Herrn Kommissar Oettinger zum Thema Vereinfachung im MFR nach 2020 statt. Die Ressorts trugen Anregungen für Vereinfachungen und Verbesserungen vor, die aus den praktischen Erfahrungen mit den EU-Förderprogrammen gewonnen wurden.

3. Zukunft der EU

Die Diskussion über die Zukunft der EU wurde im Berichtszeitraum auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt.

Die von Kommissionspräsident Juncker eingerichtete Task Force Subsidiarität hat im Januar 2018 ihre Arbeit unter Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans aufgenommen. Die nationalen Parlamente und der Ausschuss der Regionen sind mit jeweils drei Mitgliedern vertreten. Das Europäische Parlament hat dagegen entschieden, die ihm zustehenden drei Sitze nicht zu besetzen.

Herr Minister Wolf begrüßt die Einrichtung der Task Force Subsidiarität, bedauert jedoch die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, keine Vertreter zu entsenden. Mit der Task Force stellt erstmals ein Gremium auf EU-Ebene das Thema Subsidiarität in den Mittelpunkt. Vor allem aber sind die in der Task Force zu bearbeitenden Themen für die Zukunftsdebatte von Bedeutung. Die Antworten auf die zu klärenden Fragen sind für das Funktionieren und die Akzeptanz der Europäischen Union mitentscheidend. Herr Minister Wolf nahm am 26. März in seiner Funktion als Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates an der Arbeitsgruppensitzung „Task Force Subsidiarität“ der Konferenz der Ausschüsse für Unions-Angelegenheiten der Parlamente der EU (COSAC) in Brüssel teil.

Die Kommission hat am 14. Februar 2018 in einer Mitteilung Ideen für institutionelle Reformen vorgelegt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass die Umsetzung der Vorschläge ohne Vertragsänderungen erfolgen kann. Neben der Beibehaltung des Spitzenkandidatensystems spricht sich die Kommission für eine Zusammenführung der Ämter des Präsidenten der Kommission und des Europäischen Rates in einer Person („Doppelhut“) aus. Ambivalent äußert sich die Kommission zu einer Verkleinerung des Kollegiums der Kommissare: Eine kleinere Kommission könne zwar effizienter sein und eine gerechtere Aufteilung der Portfolios gewährleisten; sie hätte jedoch den Nachteil, dass durch den Wegfall des Prinzips ein Kommissar je Mitgliedstaat die Möglichkeit der direkten Kommunikation jedes Kommissars mit „seinem“ Mitgliedstaat entfalle. Der Idee, transnationale Listen für die Europawahl einzuführen, steht die Kommission aufgeschlossen gegenüber, vermeidet jedoch angesichts der ablehnenden Haltung des Eu-

ropäischen Parlaments eine eindeutige Stellungnahme. Auf dem Weg zum geplanten EU-Gipfel in Sibiu am 9. Mai 2019 will die Kommission 500 Bürgerdialoge zur Zukunft der EU durchführen.

Am 10. März 2018 fand im Neuen Schloss in Stuttgart die erste Sitzung des Expertenforums im Europadialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Religion, Wirtschaft, Kommunen und Kultur unter dem Vorsitz von Europaminister Guido Wolf MdL statt. Mit dem Europadialog will die Landesregierung in einem breit angelegten Diskussionsprozess eine Antwort aus Sicht des Landes Baden-Württemberg finden, welchen Weg die Europäische Union einschlagen soll.

Auf der Landesversammlung der Europa Union Baden-Württemberg sowie der Jungen Europäer JEF Baden-Württemberg am 10. März 2018 in Schwäbisch Gmünd hielt Herr Ministerpräsident die zentrale Festrede zum Thema „Europas kulturelles Erbe – Europas Zukunft!“.

II. Europafähigkeit und Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

1. Veranstaltungen

Neujahrsempfang der Europaverbände

Am 26. Januar 2018 fand auf gemeinsame Einladung von Herrn Minister Wolf und den Europaverbänden (Netzwerk Europäische Bewegung Baden-Württemberg, die Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg und Europa-Union Baden-Württemberg) der Neujahrsempfang der Europaverbände statt. Der Empfang wird im jährlichen Wechsel von Landtag und Ministerium der Justiz und für Europa ausgerichtet. In diesem Jahr übernahm das Ministerium der Justiz und für Europa die Ausrichtung des Neujahrsempfangs im Weißen Saal des Neuen Schlosses.

DOKULIVE am 19., 20. und 21. Februar 2018

Das Ministerium der Justiz und für Europa bot am 19., 20. und 21. Februar 2018 die Multimediashow „Die Gründungsväter der Europäischen Union“ mit Ingo Espenschied an. Das Angebot im Oktober 2017 im Veranstaltungsformat für Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen hatte zu einer Warteliste geführt. Aufgrund des großen Interesses wurde die Veranstaltung erneut an drei Tagen mit jeweils zwei Vorführungen im Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg angeboten. Insgesamt nahmen ca. 256 Schülerinnen und Schüler teil, die im Anschluss an die Vorführung die Gelegenheit nutzten, ihre Fragen zum Thema Europa und Europäische Union zu stellen.

Straßburgfahrt mit den Gewinnerinnen und Gewinnern des Fotowettbewerbs für den „Europa Fotokalender 2018“

Die Gewinnerinnen und Gewinner des 2017 durchgeführten Wettbewerbs für den „Europa-Fotokalender 2018“ wurden mit je einer Begleitperson zu einer Studienfahrt nach Straßburg zum Europäischen Parlament eingeladen. Die Fahrt fand am 12. März 2018 statt.

2. Dynamischer Europapool**Neue Seminarkonzepte**

Nach Auswertung der Potenzialanalyse am 4. Dezember 2017 ist das Ministerium der Justiz und für Europa dabei, neue Seminarkonzepte zu entwerfen. Denn im Rahmen der Potenzialanalyse hat sich ein übergreifender Bedarf für verschiedene Themenfelder herauskristallisiert. In diesem Zusammenhang wird das Ministerium der Justiz und für Europa den Pool-Mitgliedern, die für eine Auslandsverwendung vorgesehen sind, nunmehr die Seminare „Parkettsicherheit“, „Selbstreflexion“, „Rhetorik mit Überzeugungskraft“ und „Präsentationstraining und -gestaltung“ anbieten.

Strategische Auslandsverwendungen

Ziel des Ministeriums der Justiz und für Europa ist es, bei Verwendungen innerhalb der EU-Institutionen Pool-Mitglieder gezielt an Stellen

zu platzieren, die für die Ressorts von strategischer Bedeutung sind. Das Ministerium der Justiz und für Europa sucht im Austausch mit den Personalverantwortlichen nach Wegen und neuen Modellen, um auch weiterhin Pool-Verwendungen mit hohem Mehrwert für das Land zu ermöglichen.

III. Veranstaltungen in der Landesvertretung Brüssel

1. Neujahrsempfang und auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel am 29./30. Januar 2018

Am 29. Januar 2018 fand der Neujahrsempfang von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dem Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf statt. Über den Abend verteilt hatten rund 800 Gäste aus Brüssel und aus Baden-Württemberg Gelegenheit, sich mit den Mitgliedern der Landesregierung auszutauschen. Als Hausherr konnte Minister Wolf am Abend des 29. Januar als weitere Redner aus Brüssel EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und die bulgarische EU-Abgeordnete und Präsidentin der Europäischen Bewegung International, Eva Maydell, begrüßen. Schwerpunkt der Redebeiträge war die Diskussion um die Zukunft der EU. Minister Wolf betonte, „Baden-Württemberg ist fit für Europa“. Das zeige u. a. auch, dass Vertreter aus dem Land bei den Ansprechpartnern in Brüssel präsent seien und Anregungen aus Baden-Württemberg auf offene Ohren stoßen. Minister Wolf warb für eine starke, handlungsfähige deutsch-französische Achse in der EU. Diese dürfe aber kein abstraktes Projekt zwischen Paris und Berlin sein. Die deutschen Länder und die neuen französischen Großregionen könnten hier gerade als Akteure vor Ort erheblich dazu beitragen, diese gemeinsame Achse mehr mit Leben zu füllen. Minister Wolf betonte das Ziel, mit konkreten Projekten vor Ort und gemeinsamen Initiativen Baden-Württembergs und seiner Partnerregionen, dem Grand-Est und Auvergne-Rhone-Alpes, die Menschen links und rechts des Rheins noch stärker verbinden.

Am 30. Januar 2018 hatte die Landesregierung den Ersten Vizepräsidenten Timmermans, EU-Haushaltskommissar Oettinger und den

Brexit-Verhandlungsführer Michel Barnier sowie Diane Schmitt, Kabinettschefin von Migrations-Kommissar Avramopoulos, zu Gast. Die Landesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung am 30. Januar ihre Positionen zu den Verhandlungen über den MFR und die Förderperiode der EU nach 2020 abgesteckt, vgl. dazu bereits oben I.2. Außerdem beschloss der Ministerrat die strategischen Schwerpunkte der Euroarbeit der Ressorts in Brüssel für 2018 auf der Basis des Arbeitsprogramms der EU-Kommission.

Am Rande der Auswärtigen Sitzung des Ministerrats führte Herr Staatssekretär Ratzmann Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen zu europapolitischen Themen im Bereich Digitalisierung, Sicherheit und Handelspolitik.

2. Ausschuss für Europa und Internationales am 29. Januar 2018 in Brüssel

Der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg unter seinem Vorsitzenden Willi Stächele MdL nutzte den Termin um den Neujahrsempfang in Brüssel für Gespräche mit Vertretern aus EU und NATO mit eigenem Programm. Minister Wolf MdL nahm auf Einladung des Ausschusses an einzelnen Gesprächen teil und begrüßte die Ausschussmitglieder auch am Abend des 29. Januar in der Landesvertretung beim Neujahrsempfang.

3. Veranstaltungsreihe „Starkes Europa – Starke Kommunen“

Die Veranstaltung am 26. Februar 2018 zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020 (siehe Kap. I. 2.) bildete den Auftakt zu einer neuen Veranstaltungsreihe auf Initiative von Herrn Minister Wolf, bei der in regelmäßigen Abständen Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise, Städte und Gemeinden aus Baden-Württemberg ihre Expertise und praktischen Erfahrungen vor Ort zu wichtigen Themen in die europäische Diskussion einbringen.

IV. Organisatorische Neuaufstellung der Europaarbeit im Ministerium der Justiz und für Europa

Um die europapolitische Arbeit noch stärker zu bündeln und mehr Synergien zu erzeugen, ist die Landesvertretung Brüssel als eigene Referatsgruppe in die schon bestehende Europaabteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa unter Leitung von Dr. Alexandra Zoller integriert worden. Zum 1. April 2018 wurde Bodo Lehmann zum neuen Leiter der Landesvertretung Brüssel ernannt. Er war zuvor seit 2010 in der Europäischen Kommission im Kabinett von Kommissar Oettinger tätig. Der bisherige Leiter der Landesvertretung, Johannes Jung, ist künftig als Beauftragter für europäische Integration und rechtsstaatliche Zusammenarbeit im Ministerium der Justiz und für Europa in Stuttgart tätig.

V. Ausschuss der Regionen

Die 127. Plenartagung des AdR am 31. Januar/1. Februar 2018 war geprägt von Debatten zur Zukunft der EU und zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 mit dem Ersten Vizepräsidenten Timmermans und dem portugiesischen Ministerpräsident Antonio Costa.

Minister Wolf MdL brachte als Vertreter des Landes die Positionen Baden-Württembergs in die Diskussionen ein. Bei einer Begegnung mit Mitgliedern des AdR-Präsidiums, darunter AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im AdR, Staatssekretär Michael Schneider, und der Vorsitzenden der deutschen Delegation im AdR, Staatsrätin Ulrike Hiller, warb er dafür, die Aufgabenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in die Zukunftsdebatte einzubeziehen. Hierfür biete die von der Kommission ins Leben gerufene Task-Force Subsidiarität eine große Chance. Zuvor hatte Minister Wolf in einem Gespräch mit dem Generalsekretär des AdR, Jiri Burianek, über die Beiträge der Regionen und Kommunen für die Zukunftsdebatte beraten und zugleich die Positionen des Landes abgesteckt.

Weitere Schwerpunkte der Plenartagung waren die Beratung und Annahme von Stellungnahmen zum Reflexionspapier zu den EU-Finzen, zu den Empfehlungen der hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung der Kohäsionspolitik und einer EntschlieÙung zum Rechtsstaatsverfahren gegen die polnische Regierung. Zudem hat der AdR schwere Bedenken gegen den jüngsten Vorschlag der Kommission geäuÙert, die Vorschriften für die Regionalfonds der EU für 2014 bis 2020 zu ändern, um Mittel der EU-Kohäsionspolitik zur Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten abzuzweigen. Im Fall einer Annahme durch Rat und EP erwägt der AdR eine Subsidiaritätsklage vor dem EuGH.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

AG Interreg-Kleinprojekte

Die auf Einladung des Staatsministeriums eingerichtete Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Interreg A-Programme und den Verantwortlichen verschiedener Kleinprojektfonds hat in ihrer Sitzung vom 26. Februar 2018 ein Papier mit Verbesserungsvorschlägen sowie einen Verordnungsentwurf für die vereinfachte Förderung von Kleinprojekten in der nächsten Förderperiode fertiggestellt. Dieser wurde Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments übermittelt und kann in der Vorbereitungsphase der EU-Förderperiode ab 2021 Berücksichtigung finden.

Interreg A „Oberrhein“

Da bereits rund 53 % der europäischen Fördermittel in Projekten gebunden sind und die verbleibenden Mittel zielführend eingesetzt werden sollen, wurde die fortlaufende Projektauswahl innerhalb einzelner Prioritätsachsen ausgesetzt. Ein Projektauftrag in der Prioritätsachse D

„Territorialer Zusammenhalt am Oberrhein – Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Verwaltungen und Bürgern fördern“ des Operationellen Programms Interreg V A Oberrhein wurde am 15. Januar 2018 beendet. In der Prioritätsachse A „Intelligentes Wachstum am Oberrhein – Die Entwicklung zu einer international wettbewerbsfähigen grenzüberschreitenden Wissens- und Innovationsregion unterstützen“ läuft ein Aufruf zur Interessensbekundung noch bis zum 3. April 2018. Über die Aufrufe kann der tatsächliche Förderbedarf festgestellt und die Zielsetzungen der eingereichten Projektideen des Programms Interreg V Oberrhein beurteilt werden. Auf dieser Grundlage kann entschieden werden, welche Projekte eine Förderung erhalten sollen.

Auf Initiative Baden-Württembergs und Rheinland-Pfalz, der Region Grand Est sowie des Programms INTERREG V A Oberrhein konnte über die Säule Wissenschaft der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) eine dritte Wissenschaftsoffensive zur Förderung exzellenter grenzüberschreitender Forschungsvorhaben veröffentlicht werden. Sie versteht sich als ein Baustein zur Erreichung der Europa 2020 – Strategie, die auf ein innovatives, nachhaltiges und integratives Wachstum zielt. Hierfür stehen Fördermittel von 3,5 Mio. Euro des Programms Interreg V A Oberrhein und 1,75 Mio. Euro der regionalen Partner zur Verfügung. Das Projektauswahlverfahren läuft noch bis 28. Mai 2018.

Interreg A „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“

Der international besetzte Lenkungsausschuss des Interreg-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein kam am 17. Januar 2018 zu seiner zehnten Sitzung in der laufenden Förderperiode zusammen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Partnerländer Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg sowie der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein tagten in München. Genehmigt wurden insgesamt zwölf neue Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 3,7 Mio. Euro, welche alleamt im Kontext der Forschungs- und Innovationsnetzwerke (IBH Labs) der Internationalen Bodensee Hochschule zu verorten sind. Die geförderten Projekte sind ein wichtiger Beitrag zu weiteren Vertiefung

der internationalen Hochschulkooperation rund um den Bodensee. Weiterhin konstituierte sich aus dem Kreis der Programmpartner eine Gruppe, welche sich mit den Vorbereitungen der nächsten Förderperiode ab 2020 befassen wird.

Internationale Bodensee Konferenz (IBK)

Am 29. Januar 2018 reiste eine Delegation der IBK nach Brüssel, um sich mit EU-Kommissar Oettinger, Vertreterinnen und Vertretern der Mission der Schweiz bei der EU, dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, baden-württembergischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EU-Kommission auszutauschen. Gegenstand der Gespräche war die strategische Weiterentwicklung der Bodenseeregion im Lichte der aktuellen Debatte zur Zukunft der EU und ihrer Beziehungen zur Schweiz. Die Delegation, bestehend aus Regierungsmitgliedern des Landes Baden-Württemberg, der Kantone Schaffhausen, St. Gallen und Zürich sowie Vorarlberg, präsentierte in Brüssel das im Dezember 2017 verabschiedete neue Leitbild der IBK und warb für die angemessene Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Projekte müssten verbessert werden, denn diese generierten einen hohen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger in Grenzräumen und damit einen konkreten europäischen Mehrwert.

Der Ständige Ausschuss der IBK tagte am 22. März 2018 in Stein am Rhein. In seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz des Kantons Schaffhausen beriet er unter anderem die organisatorische Neuausrichtung der IBK im Zuge des Strategieprozesses. So soll der Sitzungsturnus der IBK gestrafft, der Umfang der Sitzungen reduziert und Abläufe durch die Neuverteilung von Kompetenzen verbessert werden. Auch ihre Netzwerke in der Region will die IBK weiter ausbauen und konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie der Internationalen Bodenseeparlamentarierkonferenz und dem Internationalen Städtebund Bodensee abschließen. Darüber hinaus beschloss der Ständige Ausschuss die Weiterverfolgung erster strategi-

scher Projekt-ideen sowie die weitere Ausarbeitung von Projektskizzen in den neuen strategischen Schwerpunkten der IBK. Operativ umgesetzt werden sollen demnach die Weiterentwicklung des Kleinprojektfonds, das Fachnetzwerk und der Projektgenerator Jugendbeteiligung sowie die gemeinsame Herangehensweise an Herausforderungen im Sport. Neben Maßnahmen, die der besseren Sichtbarkeit der IBK dienen sollen, ist auch die Einrichtung einer Projektgruppe zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Katastrophen und Großschadensereignissen geplant. Bis Sommer sollen Projektanträge zur Digitalisierung und zur eMobilität im Bodenseeraum ausgearbeitet werden. Bis Herbst sollen weitere Abklärungen zu den Projektideen „Innovative Bodenseeregion“, „Zielbild Raum und Verkehr“, „Bodanrail 2050“ und „Zukunftsfähige Landwirtschaft“ erfolgen.

VII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

1. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 8. März 2018 fand in der Landesvertretung in Berlin der 6. Donausalon statt, in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Botschaft Bosnien und Herzegowinas. Anlässlich der Internationalen Tourismusbörse (ITB) ging es 2018 schwerpunktmäßig um die Themen Kultur und kulturelles Erbe als Motor für den Tourismus in der Donauregion. Zunächst hielt Theresa Schopper, Staatssekretärin im Staatsministerium Baden-Württemberg, ein Grußwort. Auf eine weitere Begrüßungsrede von Igor Crnadak, Außenminister Bosnien und Herzegowinas, folgte eine Podiumsdiskussion, an der sich Expertinnen und Experten aus verschiedenen Donauländern beteiligten. Anschließend fand ein buntes Abendprogramm statt, an dem insgesamt ca. 500 Besuchern teilnahmen.

Am 1. Januar 2018 hat Bulgarien die Präsidentschaft der EUSDR übernommen. Themenschwerpunkte werden in diesem Zusammenhang ebenfalls die Bereiche Kulturerbe und Tourismus sein, die auch auf dem Jahresforum der EUSDR in Sofia im Oktober 2018 im Mittel-

punkt stehen werden. Vor diesem Hintergrund nutzte Frau Staatssekretärin Schopper auch die Gelegenheit, sich bei einem Rundgang und Gesprächen mit Praktikerinnen und Praktikern am 9. März 2018 auf der ITB ein Bild von den Herausforderungen in den Donauländern zu verschaffen.

Am 23. März 2018 fand im Neuen Schloss der international besetzte Stakeholder Dialog Youth Engagement! In the Danube Region statt, der Expertinnen und Experten grenzüberschreitender Jugendbegegnungen aus dem Donaauraum und den Westbalkanländern zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbrachte. Dem Koalitionsvertrag folgend, soll geprüft werden, „inwieweit sich das Land an einem Donau-Jugendwerk beteiligen kann, dessen Arbeit mit dem in Gründung befindlichen Jugendkooperationsbüro für den Westbalkan abgestimmt wird“. Zu diesem Zweck hatte das Staatsministerium in Kooperation mit dem Kultusministerium zu dieser Dialogveranstaltung eingeladen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Herrn Staatssekretär Volker Schebesta MdL. Danach stellte der Generalsekretär des Jugendkooperationsbüros für den Westbalkan, Herr Đuro Blanuša, seine jüngst gegründete Organisation vor. Anschließend bestand die Möglichkeit, in einem interaktiven Format Erfahrungen auszutauschen, Ideen zu entwickeln und mögliche Synergien zwischen den Aktivitäten der Träger des Landes im Rahmen der Donaauraumstrategie und dem neuen Jugendkooperationsbüro für den Westbalkan auszuloten.

2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Zum 1. Januar 2018 hat Tirol die Präsidentschaft der EUSALP von Bayern übernommen und wird diese Anfang 2019 an Italien übergeben. Aus diesem Anlass fand am 7. Februar 2018 eine Konferenz in Innsbruck statt. Die Tiroler EUSALP-Präsidentschaft wird sich besonders den folgenden Themenschwerpunkten widmen:

- Erarbeitung grenzüberschreitender Bildungsraum für duale Berufsausbildung,

- Vorschlag für ein faires Mautsystem im Güterschwerverkehr im Alpenraum,
- Entwicklung einer EUSALP-weiten Reiseinformationsplattform,
- Bewusstseinsbildung für Bodenschutz und vorsorgende Raumplanung,
- Verbesserung der Situation von Jungbauern im Alpenraum,
- Konferenz zu „grünen“ Lösungen bei der Wasserinfrastruktur im Alpenraum,
- Weiterentwicklung des integralen Naturgefahrenmanagements zu Risiko-Governance,
- Etablierung eines makroregionalen Energie Observatoriums,
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der jährlichen EUSALP-Energiekonferenz.

VIII. Vier Motoren für Europa

Seit dem 5. Oktober 2017 hat Baden-Württemberg die Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa inne und wird diese im Frühjahr 2019 an die Lombardei übergeben. Eine zentrale Veranstaltung des Arbeitsprogrammes der baden-württembergischen Präsidentschaft fand am 26. und 27. Februar 2018 mit den Arbeitsgruppentag im Neuen Schloss in Stuttgart statt. Das erstmalig organisierte Format diente der Vernetzung über die Arbeitsgruppen hinaus sowie der Nutzung von Synergien, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung einer gemeinsamen Vision für die zukünftige Ausrichtung des Netzwerkes. In gemeinsamen Sitzungen tauschten sich die Arbeitsgruppen über Querschnittsthemen und ihre Aktivitäten aus. Beim Abendempfang am 26. Februar, hatten die Teilnehmer zudem Gelegenheit, mit Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtages den fachlichen Austausch zu suchen. Ideen zur Zukunft der Vier Motoren wurden insbesondere in einer World Café Sitzung am 27. Februar erarbeitet und sollen anlässlich des 30. Jubiläums in diesem Jahr weiter aufgegriffen werden.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit/Auslandsreisen

1. Delegationsreise von Minister Wolf nach Serbien

Herr Minister Wolf MdL reiste vom 14. bis 16. März 2018 nach Belgrad und in die Vojvodina. Der 20-köpfigen Delegation gehörten u. a. die Abgeordneten Dr. Gerhard Aden MdL und Thomas Blenke MdL, Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Donauschwaben, Hans Supritz, der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Gunter Czisch, sowie Vertreter des Partnerschaftskomitees des Regierungsbezirks Stuttgart und der Autonomen Provinz (AP) Vojvodina an.

Schwerpunkte der politischen Gespräche in Belgrad und in Novi Sad waren der aktuelle Stand der Beitrittsverhandlungen der EU mit Serbien sowie die damit verbundenen Justizreformen. Darüber hinaus wurden die traditionell engen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Serbien erörtert.

Wesentliche Programmpunkte in Belgrad waren die politischen Gespräche mit Premierministerin Ana Brnabić, Justizministerin Nela Kuburovic und der Ministerin für Europäische Integration Jadranka Joksimović. In der Autonomen Provinz Vojvodina führte Minister Wolf politische Gespräche mit Premierminister der AP Vojvodina Igor Mirović, Parlamentspräsidenten der AP Vojvodina Ištvan Pásztor und dem Bürgermeister von Novi Sad, Miloš Vučević. Das Parlament der AP Vojvodina hielt anlässlich des Besuchs von Minister Wolf eine Sondersitzung zu Europa ab, in deren Rahmen Herr Minister eine Rede zur Zusammenarbeit der Regionen in Europa hielt.

Ein weiteres Thema der Reise war die Situation der deutschen Minderheit in Serbien. An der im letzten Jahr durch Staatspräsident Vučić eröffneten Gedenkstätte in Bački Jarak legte Herr Minister Wolf einen Kranz nieder und führte im Anschluss Gespräche mit Vertretern der Donauschwaben.

2. Westbalkan

Frau Staatsrätin Erler führte am 5. März 2018 Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen. Im Mittelpunkt standen unter anderem die Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission im Vorfeld der Reise des Ministerpräsidenten nach Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie nach Kroatien, dazu die darauf folgende Reise von Frau Staatsrätin Erler und Frau Staatssekretärin Schopper nach Albanien und Kosovo. Darüber hinaus führte Frau Staatsrätin Gespräche zur Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene und Kommunikation europapolitischer Themen mit der Zivilgesellschaft.

3. Frankreich

Am 15. Januar 2018 nahm Frau Staatsrätin Erler auf Einladung der Staatssekretärin in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Bevollmächtigten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Heike Raab, am zweiten Frankreich-Ländertreffen zur Region Grand Est in Mainz teil. Aus dem Saarland nahm der Minister für Finanzen, Justiz und Europa, Stephan Toscani, teil. Gemeinsam diskutierten sie unterschiedliche Ansätze zur Förderung der Mehrsprachigkeit in den Grenzregionen und tauschten sich über Projekte der grenzüberschreitenden Berufsbildung aus. Weitere Themen waren die Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität, die Entwicklungen in der französischen Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die EU-Entsenderichtlinie sowie eine gemeinsame Positionierung der drei Länder in der EU-Förderpolitik nach 2020 im Sinne einer bestmöglichen Förderung der hiesigen Grenzräume.

Am 29. Januar 2018 tagte auf Einladung des französischen Außenministeriums die trinationale Regierungskommission Oberrhein unter Beteiligung des Staatsministeriums in Straßburg. Die Kommission beriet über Fragen der grenzüberschreitenden deutsch-französisch-schweizerischen Zusammenarbeit. Inhaltlich standen Themen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurde über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen des

grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Arbeitsmarkts, des Bevölkerungsschutzes, des Gesundheitswesens, der statistischen Raumbewertung sowie zu der EU-Förderperiode nach 2020 in der Grenzregion diskutiert. Die Eidgenossenschaft informierte über den Stand der schweizerischen Infrastrukturmaßnahmen im Umkreis Basel. Frankreich wies auf ein Dekret zur Kompetenzerweiterung der französischen Präfekten hin.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann lud am 16. Januar 2018 den neu gewählten Präsidenten des Regionalrates der französischen Region Grand Est, Jean Rottner, zu einem Antrittsbesuch ein. Diesem ersten Kennenlernen wird am 12. April 2018 eine Reise von Herrn Ministerpräsidenten, in Begleitung der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, nach Straßburg folgen. Mit einer „Frankreich-Konzeption“ beabsichtigt die Landesregierung, die bereits bestehende, erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Baden-Württemberg und Grand Est sowie Auvergne-Rhône-Alpes (Partner im Netzwerk der Vier Motoren für Europa) besonders in drei Handlungsbereichen weiter zu vertiefen: 1. Qualitative Verbesserung und Ausbau bestehender Projekte, 2. Institutionelle Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten und Ausbau des projektorientierten und politischen Austausches, bspw. durch Multiplikatoren und Projektinkubatoren in den Verwaltungen, 3. Ausweitung frankreichbezogener Aktivitäten und verbesserter Kommunikation, bspw. durch qualitative Erneuerung der Städtepartnerschaften, regelmäßige Austausche auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger.

4. Schweiz

Zusammen mit einer Delegation, der zwei Abgeordnete des Landtages, der Schweizerische Generalkonsul Steinmann, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Frau Regierungspräsidentin Schäfer angehörten, besuchte Frau Staatsrätin Erler am 21. und 22. Februar 2018 Bern. Im Mittelpunkt standen aktuelle Entwicklungen in der Direkten Demokratie und der Bürgerbeteiligung sowie Themen der

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Frau Staatsrätin Erler berichtete im Ministerrat am 13. März 2018 zu den Ergebnissen der Reise.

5. Delegationsreisen nach Indien

BW-i führte eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Indien vom 27. Januar bis 3. Februar 2018 durch. Parallel fand eine Wissenschaftsdelegationsreise des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst unter Führung von Frau Staatssekretärin Petra Olschowski statt. Beide Delegationen besuchten u. a. die Standorte Pune und Mumbai. Die Wirtschaftsdelegation fokussierte sich auf die Themen Wasser und Abwasser im kommunalen Bereich sowie Luftreinhaltung im industriellen Sektor. Die Reise wurde fachlich durch Umwelttechnik BW (UTBW) vorbereitet und vor Ort mit Hilfe der Repräsentantin Baden-Württembergs in Maharashtra, Frau Iris Becker und ihren Mitarbeiter, Herrn Ashish Pandit, umgesetzt. Über Herrn Pandit konnten durch persönliche Kontakte viele (B2B-)Termine, Workshops und der Austausch mit städtischen und Industrie- sowie Verbandsvertretern organisiert werden. Positiv hatte sich zudem der Besuch der sogenannten „2nd tier cities“ Nagpur und Solapur herausgestellt, da reichlich Anknüpfungspunkte für KMUs vorhanden sind. In Solapur besteht für Baden-Württemberg eventuell ein sogenannter „First-Mover“ – Vorteil, da die Stadt insbesondere im Bereich der Umwelttechnik noch gänzlich am Anfang steht. In Solapur und Nagpur bestehen zudem große Interessen an technischem Know-How aus Baden-Württemberg.

Die Rückmeldung der teilnehmenden Unternehmen war durchweg positiv. Der Bedarf an Umwelttechnologien in Indien ist enorm. Für die Unternehmen bestehen vielerlei Anknüpfungspunkte und Kooperationsmöglichkeiten. Gleichwohl ist der Marktzugang für KMUs durch die Vielzahl an Großprojekten erschwert. Für Baden-Württemberg ergeben sich auch in anderen Bereichen Anknüpfungspunkte, z. B. Abfallwirtschaft. Die Arbeit der Repräsentanz vor Ort kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, insbesondere auch im Hinblick auf die Ermöglichung der Kontakte in den „ländlichen“ Gebieten wie Solapur oder „Second-tier-cities“ wie Nagpur. Ein Nachhalten der Kontakte sei-

tens der Repräsentanz ist erforderlich sowie ein fortlaufendes Engagement vor Ort von politischer Seite. Bei der nächsten Reise sollte u. a. geprüft werden, ob auch soziale Projekte besucht werden können. Ein Teil der Delegation konnte am folgenden Tag ein Projekt der Don Bosco Salesianer besuchen, welches bereits im Vorjahr von Frau Kretschmann und im Herbst von Herrn Staatsminister Klaus-Peter Murawski besucht wurde.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im 1. Quartal des Jahres 2018 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Neben der Vorbereitung der Messe FAIR HANDELN stand die Öffentlichkeitsarbeit zur Landespartnerschaft mit Burundi im Fokus. Am 22. Januar 2018 präsentierten Produzenten, das Burundi-Kompetenzzentrum der SEZ und die deutsche Genossenschaft dwp aus Ravensburg im Stuttgarter Welt-Haus den neuen Film zur Herstellung des Burundi-Kaffees. In der Landesvertretung Berlin gab es am 22. Februar 2018 im Umfeld der Berlinale einen Themenabend mit dem burundischen Filmemacher Amani Papy. Auch das Finanzministerium ist für die Burundi-Partnerschaft aktiv: Am 1. März 2018 stellte Staatssekretärin Dr. Gisela Splett im Ludwigsburger Schloss den Burundi-Kaffee der Presse vor, der auch in den Shops von Schlösser und Gärten erhältlich ist.